

Folge 40 Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung

Thema: Johann Saathoff, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat, über den Zivilschutz in Deutschland

[Musik]

[Sven Siebert, Moderator] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen“, dem Podcast der Bundesregierung. Ich bin Sven Siebert und ich bin Gastgeber dieses Podcasts. Wir widmen uns heute der Frage: „Wie geht Deutschland, wie geht die Bundesregierung eigentlich in einer akuten Krise vor? Wer ist wofür zuständig? Wie läuft das ab?“ Ich spreche dazu heute mit Johann Saathoff, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat. Guten Tag, Herr Staatssekretär.

[Johann Saathoff, Gast] Moin, Herr Siebert.

[Siebert] Herr Saathoff, wir reden in diesen Tagen natürlich über den Ukraine-Krieg und seine Folgen. Ihr Haus ist ja für die zivilen Fragen zuständig. Was ist bei Ihnen vor, am und nach dem 24. Februar, dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, passiert?

[Saathoff] Ja, es gibt ja eine vielseitige Aufgabenteilung, wenn es um Krisenmanagement im weitesten Sinne [geht]. Also, ich glaube, das interessiert auch die Hörer, dass man mal sagt: Das ist zwischen Land, Bund und Kommunen aufgeteilt.

[Siebert] Wie immer.

[Saathoff] Wie immer, genau. In einem föderalen Staat und als ehemaliger Bürgermeister kann ich auch sagen, dass das gut so ist. Also, die Kommunen sind für Brandschutz zuständig, der Katastrophenschutz obliegt eigentlich den Bundesländern, und wir sind für den Zivilschutz zuständig, im Kriegsfall. Und deswegen sind wir natürlich alle miteinander gut vorbereitet. Die Bundesländer sind auf ihre Aufgaben gut vorbereitet und der Bund hat sich natürlich [auch] auf die Aufgaben [...] vorbereitet. Es gibt [dann auch] entsprechende Institutionen [...] auf der Bundesseite [...], wo wir ressortabgestimmt [...] versuchen, Lagen zu antizipieren und darauf zu reagieren. Natürlich hat sich die Welt seit dem 24. Februar verändert. Der Bundeskanzler spricht von einer Zeitenwende und das kann man natürlich auch übersetzen, [in eine] Zeitenwende hinsichtlich der Frage: Wie geht man eigentlich mit Krisenmanagement um? Und dazu hat sich jetzt eine ganze Menge entwickelt, kann man sagen. Also, wir haben eine Lagedarstellung, [durch die] wir [uns] also täglich [...] allumfassend informieren – über öffentliche Sicherheit in Deutschland, über Cyber-Security im Moment, über [den Zustand kritischer] Infrastrukturen [...] und natürlich auch über internationale Hilfsersuchen, die jetzt durch [die] Ukraine eine große Rolle gespielt haben, und auch über das Ankunfts-geschehen, das wir in Deutschland haben.

[Siebert] Wer sammelt diese Informationen, wer erstellt dieses Lagebild?

[Saathoff] Nun, wir haben [ein] Lagezentrum im Bundesinnenministerium, aber wir haben auch nochmal ein Lagezentrum im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Und diese Lagezentren haben jeweils unterschiedliche Aufgaben. Im Bundesinnenministerium geht es so ein bisschen darum, dass man ein Lagebild [aus dem]

erstellt, [...] was derzeit gerade diskutiert wird, während das Lagezentrum im BBK eher ein Lagezentrum ist, das internationale Koordinierung, Ressourcenmanagement und solche Dinge in [Augenschein] nimmt.

[Siebert] Und sieht das aus wie bei der NASA, wie in Houston, wo Frauen und Männer vor riesigen Bildschirmen sitzen und die Infos aus der ganzen Welt zusammenlaufen?

[Saathoff] Na ja, es hat einen Touch von Houston, würde ich sagen, allerdings ohne den Nachsatz „Wir haben ein Problem.“

[Siebert, lacht] Oh, ja. Beziehungsweise: Dass Sie ein Problem haben, ist ja Voraussetzung dafür, dass der Laden überhaupt in Gang gesetzt wird.

[Saathoff] Na ja, es gibt auch unauffällige Lagebilder. Ich will jetzt nicht sagen: Nur weil man ein Lagezentrum hat, hat man erstmal eine Krise, sondern man hat ein Lagezentrum, um angemessen auf Krisen reagieren zu können. Und Sie haben vollkommen recht: Es gibt eine ganze Menge Bildschirme. Es gibt natürlich auch [...] die Möglichkeit, soziale Medien [...] zu verfolgen und Printmedien und so weiter und so fort und aus der ganzen Gemengelage, die so an Nachrichten hereinbricht, [...] lesbare Formate für die Hausleitung, zum Beispiel im Bundesinnenministerium, [herunterzubrechen].

[Siebert] Wie viele Leute sitzen da? Was ist das für ein Raum? Ist das eine Halle, ist das ein Zimmer? Wie muss man sich das vorstellen?

[Saathoff] Also, im Bundesinnenministerium sind das mehrere große Büros, würde ich mal sagen. Und uns ist ganz wichtig, dass es nicht nur Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte aus dem Bundesinnenministerium sind. Sondern wir versuchen auch sicherzustellen, dass nachgeordnete Behörden, auch Polizeibehörden mindestens mal zeitweise dort vertreten sind, damit man so einen tatsächlichen Blick auch für das Lagezentrum selber entwickelt. So wie Sie zurecht nachfragen – Wer macht das eigentlich? Wie sieht das eigentlich aus? –, so sind wir natürlich auch darauf angewiesen, dass möglichst breite Erfahrung darüber, wie so etwas vonstattengeht, [...] tatsächlich auch in den nachgeordneten Behörden da ist. Das heißt, das Personal wechselt auch von Zeit zu Zeit. Also, auch einer meiner Mitarbeiter ist zum Beispiel immer in der Notreserve dabei und wenn es eng wird, dann wechselt er [von] mir im Büro rüber ins Lagezentrum und arbeitet dort mal ein, zwei Tage oder eine Nacht.

[Siebert] Und was machen die da in dem Lagezentrum? Was passiert im Kriegsfall oder bei einer Naturkatastrophe? Wer setzt dann wen in Marsch? Wie muss man sich das vorstellen?

[Saathoff] Nun, zunächst mal gibt es ja die normale Lage, also nicht die Krisenlage. Da ist das Lagezentrum dafür da, dass sozusagen ein Lagebild [für den Tag] erstellt wird [...] und das muss nicht unbedingt lang sein. Da wird einfach geguckt, was [...]die Highlights des Tages [sind] und das ist ja auch nicht besonders zeitkritisch. Das heißt, das bekommen wir einmal am Tag zugesandt und lesen es dann bei Gelegenheit. Und dann gibt es besondere Gefahrenlagen. Ich würde mal sagen, [...] in der Nacht des 24. Februars gab es so eine Situation, [in der] es nochmal eine besondere Gefahrenlage gab, wo das in den Lagezentren zuerst identifiziert wird und dann ein Mechanismus [...Ja] ausgelöst wird, wie die Hausleitung

zu informieren ist. [...] Dann wird also nicht einfach nur eine Mail geschickt, sondern dann wird auch angerufen oder eine SMS geschrieben. Da gibt es einen konkreten Plan dazu.

[Siebert] Dass das auch funktioniert, dass Meldungen ihre Adressaten erreichen – wie übt man das? Wie stellt man sicher, dass das im Ernstfall auch hinhaut?

[Saathoff] Ja, im Prinzip ist es wie bei einer Sportart, die Sie ausüben wollen. Jede Sportart, die Sie versuchen auszuüben, machen Sie nur so gut, wie Sie geübt haben letzten Endes.

[Siebert] Immer wieder trainieren.

[Saathoff] Ja, man muss trainieren. Genau. Und so gibt es auch in unterschiedlichsten Varianten in den jeweiligen Lagezentren in Deutschland – das ist auch nicht nur das einzige Lagezentrum, das wir im BMI betreiben – [...] immer wieder auch Übungen, die wir durchführen, wo wir Szenarien entwickeln und dann sozusagen diese Übung durchlaufen lassen und anhand der Ergebnisse der Übung dann Rückschlüsse ziehen, wie man das Ganze noch effizienter machen kann, wo eventuell Informationsbrüche waren, wo jemand vielleicht schneller eingebunden werden kann, als das bisher [in der Übung] der Fall war [...], um eben bestimmte weitere Übungsabläufe [...] voranbringen zu können. Man kann sich das vorstellen wie so ein Workflow-Diagramm, wo man guckt: Wo kommen die Informationen rein, wo gehen die Informationen raus und welche Beteiligten brauchen wir eigentlich, um diese Informationen zu verarbeiten, zu einem weiteren Produkt, [das] zur Bearbeitung der Krise unbedingt erforderlich ist?

[Siebert] Wenn man jetzt sozusagen mal in die Vergangenheit guckt: Vor dem 24. Februar, da hat man ja sicher auch schon festgestellt – also zum Beispiel bei den Naturkatastrophen, die wir in den vergangenen Monaten und Jahren erlebt haben: Da funktioniert manches noch nicht genau so, wie man es sich vorstellt oder wie man es sich idealerweise wünscht. Was für ein Reformbedarf war da eigentlich schon ausgemacht?

[Saathoff] Das ist in der Tat so, dass quasi bei jeder Katastrophe, die mal eingetreten ist, auch Optimierungspotenzial festgestellt werden kann und deswegen üben wir ja auch, um nicht [erst] eine Katastrophe [...] eintreten [...] lassen [zu müssen], um sozusagen Katastrophenschutz zu verbessern, sondern [um das] möglichst über die Übung [...] zu erkennen, damit kein Schaden an Menschen oder an Eigentum entsteht. Trotzdem ist es so, dass wir im Nachgang zu bestimmten Katastrophen, zum Beispiel im Ahrtal, [uns natürlich] ganz genau angucken: Woran hat es denn jetzt eigentlich gelegen, dass das eine oder andere nicht so schnell angekommen ist, wie es hätte ankommen können? Mir ist ganz wichtig zu sagen, dass es da nicht nur in der Verantwortung eines Ministeriums, also des Bundesinnenministeriums liegt, sondern es ist ressortverteilt auf unterschiedliche Bereiche. Und es ist natürlich auch auf Bundesländer und auf Kommunen verteilt. Das heißt, es macht keinen Sinn, das alleine zu betrachten. Deswegen ist aus meiner Sicht so wichtig, dass wir das Gemeinsame Lagezentrum auch miteinander entwickeln, dass Länder mit eingebunden sind und auch kommunale Vertreter mit eingebunden sind, dass man ein gemeinsames Lagebild entstehen lässt. Denn keine Bürgerin und kein Bürger würde verstehen, wenn man sagen würde: „Ja, [das] ist jetzt nicht gut gelaufen, bei der Abwicklung des Katastrophenschutzes, aber das liegt jetzt nicht am Bund, sondern es liegt an den Ländern. Oder das liegt nicht am Land, sondern es liegt an der Kommune. Oder es liegt nicht an der Kommune, sondern am Bund.“ Also wenn man sich Zuständigkeiten zuordnen muss, um zu erklären, warum den

Menschen nicht geholfen worden ist, dann sind wir fehl am Platze. Und deswegen ist es wichtig, dass wir vor allen Dingen konzertiert zusammenarbeiten.

[Siebert] Jetzt leben wir ja in der Welt nach dem 24. Februar. Was sind die Erfahrungen aus den vergangenen Wochen? Was sind die Konsequenzen aus dem Kriegsfall in der Ukraine für die Zukunft? Gibt es etwas, das Sie im Zivilschutz und bei der Versorgung der Bevölkerung in einer Krise oder im Verteidigungsfall verbessern, ändern wollen?

[Saathoff] Nun, man kann schon sagen, dass auch für den Zivilschutz gilt, dass wir schon in anderen Zeiten leben, jetzt auch eine Zeitenwende erlebt haben, auch was die Bedeutung des Zivilschutzes angeht. Also, ich sage mal, vor einem halben Jahr, wenn wir da gesagt hätten, wir haben uns jetzt mal überlegt, wir wollen jetzt ein großflächiges Bunkerprogramm ausrollen, dann würde wahrscheinlich nur Stirnrunzeln zu ernten gewesen sein. Also, eine Wahl hätte man damit nicht gewonnen. Heute ist [tatsächlich] ein anderer Blick auf Zivilschutz, auf Bevölkerungsschutz [...] da. Womit fangen wir an? Also, das, was wir vorher auch schon im Blick hatten und weiter voranbringen wollen, wollen wir weiterentwickeln. Also, im Zuge der Corona-Hilfen haben wir zum Beispiel schon mal so ein Sirenenprogramm auf den Weg gebracht, um Bevölkerungen warnen zu können. Das ist für mich als Kind der Küste nochmal ein ganz besonderes Thema, weil man da nicht nur vor Kriegsfällen warnen kann, sondern natürlich auch vor Katastrophen, zum Beispiel Sturmflutlagen und solchen Dingen. Und die Kommunen in meiner Region sind sehr interessiert daran. Aber man kann noch mehr machen. Man kann zum Beispiel so ein Cell Broadcast-System einrichten. Das haben wir fest vor, dass man jedes Handy erreicht und dort die Meldungen abgibt – und notwendigerweise dann vielleicht auch in der Sprache, [in der] es dann notwendig ist. Also, Cell Broadcast-System – das wollen wir einführen. Und ich kann sagen, dass das Bewusstsein dafür stark gestiegen ist. Während es vor einem halben Jahr durchaus noch Menschen gab, die das nicht für notwendig erachtet haben – Stichwort Friedensdividende –, gibt es jetzt viele Menschen, die doch Interesse daran haben, dass wir [dann auch tatsächlich] über ein effektives Warnsystem [...] verfügen.

[Siebert] Sie nannten schon die Frage der Schutzbauten. Die wurden ja in den vergangenen Jahren abgerissen, umgewidmet oder nur noch in einem sehr eingeschränkten Maße sozusagen für eine tatsächliche Nutzung im Ernstfall vorgesehen. Was ändert sich da konkret? Oder ändert sich da was konkret?

[Saathoff] Ja, auch da kann man sagen, ist das Bewusstsein in der Bevölkerung, aber natürlich auch in den Regierungsstellen nochmal anders positioniert. Neu nachgeschärft, kann man sagen. Also, wir haben ganz schnell geschaut: Wie viele Schutzräume haben wir eigentlich noch in Deutschland? Dann [haben wir] nochmal geguckt: Was ist eigentlich mit diesem Abbauprogramm? Wir hatten ja so ein Programm, womit wir die Schutzräume nach und nach außer Dienst gestellt haben. Wie kann man das eigentlich aufhalten und wie kann man gleichzeitig dafür sorgen, dass bestimmte Schutzräume auch wieder aktiviert werden können? Und darüber hinaus kann man sich natürlich auch nochmal internationalen Kontext angucken: Wie handeln andere Länder eigentlich damit und welche Räumlichkeiten, die nicht originär als Schutzraum vorgesehen waren – [wofür] auch immer –, welche Räumlichkeiten kann man denn tatsächlich auch als Schutzräume zur Verfügung stellen? Das ist etwas, [das] wir [jetzt] konzeptionell angehen [...] und wo wir dann sehen müssen, wie wir in dieser Frage dann auch ein Stück weit eine Antwort darauf haben, wie man den Schutz zur Verfügung stellen kann, neben dem Warnen der Bevölkerung.

[Siebert] Jetzt sehen wir ja dauernd diese Bilder aus der Ukraine, wo Menschen in U-Bahn-Stationen Schutz suchen, wenn Luftangriffe drohen. Hat das beim Bau von U-Bahn-Stationen in Deutschland eigentlich in den letzten Jahren irgendeine Rolle gespielt, ob die sich auch als Schutzräume eignen?

[Saathoff] Wissen Sie, meine erste Ausbildungsstelle, die ich damals als junger Verwaltungslehrling gehabt habe, war die Bezirksregierung Lüneburg. Und ich war sehr beeindruckt. Das war ein neues Gebäude in Lüneburg, das im dritten Stock im Keller einen Atomschuttkeller hatte mit einer Riesenstahltür davor – mit eingeschweißten Telefonen und [auch] einigen Akten [...] zur Bearbeitung und so weiter. Mit Phosphorstreifen an den Wänden. Das [waren die] 80er Jahre.

[Siebert] Wollte ich gerade sagen. Das war in den 80er Jahren, ja.

[Saathoff] Genau. Und das hat sich drastisch verändert. Ich sagte ja gerade schon: Stichwort Friedensdividende. Also, man muss einfach sagen, dass in den letzten Jahren bis Jahrzehnten niemand beim Bau und bei der Planung eines U-Bahn-Tunnels daran gedacht hätte, dass das [eventuell auch] ein Schutzbunker für den Kriegsfall sein könnte. Und deswegen muss ich Ihre Frage ganz klar so beantworten, dass das nicht der Fall ist. Aber die Frage, für welche Zwecke solche Bunker dann doch noch [im Rahmen des Zivilschutzes] eine Rolle spielen könnten [...] – [die] muss jetzt mal konzeptionell aufgearbeitet werden.

[Siebert] Spätestens seit Ausbruch des Krieges geht es ja um die Frage der Energieversorgung. Was passiert bei einem Gas-Embargo gegen Russland? Was passiert, wenn Russland seine Lieferungen stoppt? Stichwort Gasmangellage. Wer hat dafür den Plan in der Schublade?

[Saathoff] Nun, die Federführung für die Energieversorgung in Deutschland liegt im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Und Herr Habeck ist ja in dieser Frage auch viel unterwegs, um sicherzustellen, dass das, was Sie als Frage stellen, möglichst nicht passiert. Nämlich dass wir in eine Situation kommen, [in der] wir nicht ausreichend [Gas], weder als Rohstoff noch als Brennstoff, in Deutschland zur Verfügung haben. Dafür hat der Bundeskanzler angekündigt, dass wir unsere Gasbezugsquellen diversifizieren wollen und sicherstellen wollen, dass wir [tatsächlich auch] ausreichend Gas [...] importieren können; [dann natürlich] vornehmlich [...] aus Übersee, hinsichtlich LNG-Ports bei uns zum Beispiel in Wilhelmshaven oder in Brunsbüttel. Und gleichzeitig müssen wir natürlich nochmal gucken, ob wir wirklich in der Gasversorgung auch das eine oder andere durch etwas anderes substituieren können. Das liegt dann in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministers. Und die Gasmangellage, die der Wirtschaftsminister dazu ausgerufen hat, ist ja die erste Stufe; also der Hinweis darauf: Es könnte eine Mangellage eintreten. Im Moment ist die Gasversorgung gesichert. Die hohen Gaspreise sind ausnahmslos Spekulationspreise. Es ist nicht dem geschuldet, dass wir zu wenig Gas haben. Aber jetzt müssen wir miteinander schauen, dass zum Beispiel unsere Gasspeicher im Sommer gefüllt werden und dass wir nochmal ganz genau hingucken, wie unsere Bezugsquellen sind. Und ich kann fürs BMI sagen: Wir haben dazu natürlich auch eine Übung, in [der] wir genau schauen: Wie gehen wir eigentlich mit Gasmangellagen um und wie können wir das im Krisenfälle dann miteinander auch durchspielen? Diese Übung führen wir auch durch.

[Siebert] Wir haben in den vergangenen Jahren ja schon erlebt, dass Russland mutmaßlich oder nachweislich Cyberangriffe auf deutsche Institutionen geführt hat, beispielsweise auf den Bundestag. Gibt es da eigentlich jetzt eine aktuell veränderte Bedrohungslage? Es gab ja schon Vermutungen, Russland würde seine Aktivitäten dort möglicherweise ausweiten.

[Saathoff] Nun, die Bedrohungslage ist weiterhin abstrakt vorhanden, das kann man so sagen. Und alle Betreiber von zum Beispiel kritischer Infrastruktur sind in besonderer Aufmerksamkeitsstellung und achten darauf, dass ihre kritische Infrastruktur auch weiter funktioniert. So gilt das auch für uns. Wir überwachen die Cybersecurity-Lage ununterbrochen, rund um die Uhr, 24/7, und wir sehen den einen oder anderen Kollateralfall. Der ist ja auch durch die Medien gegangen. Zum Beispiel [ist] ein Betreiber von Satelliten-Services [...] durch einen Cyberangriff [ausgefallen] und das hatte dann den Kollateralschaden, dass mehrere 1000 Windenergieanlagen nicht mehr fernsteuerbar waren. Sie konnten noch autonom weiterarbeiten, aber sie waren nicht mehr per Fernsteuerung erreichbar. Das sind erste Dinge, die wir so feststellen können. Und wir sind natürlich in besonderer Beobachtung.

[Siebert] Die Innenministerinnen und Innenminister des Bundes und der Länder haben ja die Gründung eines Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz beschlossen. Das klingt toll und man weiß aber nicht so genau: Was ist das eigentlich? Was ist die Aufgabe? Gibt es das schon, arbeiten die schon?

[Saathoff] Ja, das soll eingerichtet werden. Das war die Innenministerkonferenz, die das beschlossen hat. Und das ist eine sehr sinnvolle Einrichtung. Ich hatte ja eingangs [...] [die] jeweiligen Zuständigkeiten [beschrieben] und dass Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis dafür hätten, dass man im Krisenfall sagt: „Ich bin nicht zuständig.“ Und das GeKoB ist gerade so die Antwort auf dieses Zuständigkeitswirrwarr, dass man sagt: „Mensch, wir würden uns aber wünschen, dass alle miteinander ein gemeinsames, einheitliches Lagebild erstellen, das dann auch 24/7 zur Verfügung steht und wo alle Beteiligten mit eingebunden sind.“ Kurzum, [dass] niemand mehr sagen kann: „Dafür bin ich aber eigentlich gar nicht zuständig.“ Und dieser Impuls, der in der Innenministerkonferenz gegeben wurde, der ist auf fruchtbaren Boden gefallen und das wird eingerichtet. Und das wird nochmal ein echter Meilenstein sein bei der Frage: Wie geht man eigentlich mit bestimmten Lagen auch um?

[Siebert] In diesem Namen Gemeinsames Kompetenzzentrum da steckt ja auch schon wieder die unterschiedliche Zuständigkeit von Bund, Ländern und Kommunen drin. Jeder ist immer noch für seinen Abschnitt zuständig. Braucht man vielleicht so was wie ein Dachkommando, das in einer Extremlage alles in der Hand hat?

[Saathoff] Nun, das hört sich für jemanden, der die Bundespolitik vertritt, erstmal sehr attraktiv an.

[beide lachen]

[Saathoff] Allerdings habe ich auch lange beim Land Niedersachsen gearbeitet. Und da würde ich sagen, könnte ich mir vorstellen, dass es schon ein paar Kollegen gibt, die das auch nicht so richtig gut finden. Und bei der Kommune erst recht. Also, wir haben 11.000 Gemeinden und 400 Landkreise und 16 Bundesländer und die haben zu Recht auch ihr eigenes Selbstbewusstsein. Und deswegen geht es bei dem Gemeinsamen Kompetenzzentrum auch

nicht darum, jemandem Kompetenz wegzunehmen, sondern es geht genau darum, dass man Zuständigkeiten nicht in das Zentrum der Krisenbewältigung stellt, sondern gemeinsam – unabhängig davon, wer jetzt zuständig ist – Krisen bewältigt. Wollte man das so machen, wie Sie das gerade so andeutungsweise vorgestellt haben, dann hätte das eine Verfassungsänderung zur Folge. Den rechtlichen Rahmen oder den politischen Rahmen dafür sehe ich aber wirklich überhaupt gar nicht. Und das ist auch nicht unser Ansatz. Sondern unser Ansatz ist: nicht jemandem wegzunehmen, sondern mit den Fachleuten in den Bundesländern und auf der kommunalen Ebene gemeinsam eine gute Krisenprävention zu machen, die Hand in Hand geht.

[Siebert] Sie [selbst] waren ja in der SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren [...] Koordinator für die gesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Ich nehme an, Sie kennen sich da ein bisschen aus. Haben Sie diese dramatische Entwicklung, über die wir jetzt reden, kommen sehen? Hat sich da aus Ihrer Sicht was abgezeichnet?

[Saathoff] Nun, ich habe mir große Sorgen [...] über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland [gemacht]. Also, die ersten Gesetzgebungen zur Beschränkung der Zivilgesellschaft in Russland waren 2012 und danach hat es einige Gesetzesnovellen gegeben, einige sehr, sehr scharfe Gesetzesnovellen gerade im letzten Jahr. [Das] hat dazu geführt, dass solche Organisationen wie Memorial, die sich in Russland, aber nicht nur in Russland, für die Aufarbeitung der Geschichte einsetzen, dann faktisch in einen Verbotsstatus gekommen sind und die Zivilgesellschaft [in Russland] generalisiert [...] unter einem Generalverdacht steht. Das heißt, wer [sich] in einer zivilgesellschaftlichen Organisation [...] engagiert, hat immer die Sorge im Gepäck, dass er eventuell angeklagt oder verhaftet werden könnte. Und diese Entwicklung hat mir schon Sorge gemacht. Dass die Lage zwischen Russland und der Ukraine so eskalieren würde, hatte ich persönlich nicht für möglich gehalten. Und Sie können mir glauben: Ich habe [in den letzten Monaten] auch die einen oder anderen Gespräche mit selbsternannten, aber auch öffentlich anerkannten Russland-Fachleuten geführt [...], gerade auch in der vermeintlichen Übergabe. Ich habe ja gedacht, ich könnte das Amt an einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin übergeben. Und ich kenne schlichtweg niemanden, der das für möglich gehalten hat, dass das passiert, was jetzt [...] vor acht Wochen [passiert ist].

[Siebert] Eine letzte Frage. Auch in Krisenzeiten fragen wir seit einigen Monaten unsere Gesprächspartner immer: Was ist Ihr Lieblings-Podcast? Hören Sie Podcast? Liegt Ihnen irgendwas besonders?

[Saathoff] Ich hatte überlegt, ob ich Ihnen simuliere, dass ich irgendeinen Podcast ganz besonders gerne höre, aber ich finde das nicht redlich. Ich bin echt ein Mensch, der noch eine Zeitung in der Hand braucht und sich daraus vornehmlich informiert.

[Siebert] Am Ende sogar noch auf Papier.

[Saathoff] [...] Also, ich habe die Vorteile genossen, dass eine Zeitung im iPad ist. Deswegen, weil ich dann auch die Ostfriesen-Zeitung und die Emdener Zeitung lesen kann.

[Siebert] Pünktlich in Berlin.

[Saathoff] Pünktlich in Berlin und auch darauf reagieren kann. Darauf ist man ja angewiesen. Und ich muss zugeben, ich bin wirklich kein Podcast-Hörer, aber mir hat die Sendung sehr viel Spaß gemacht. Vielleicht fange ich jetzt damit an.

[Siebert] Das würde uns freuen. Also, das war Johann Saathoff. Vielen Dank für das Gespräch.

[Saathoff] Sehr gerne.

[Siebert] Demnächst geht's hier weiter mit weiteren Gesprächspartner/-innen aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie als ZuhörerIn und Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung. Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.